

**Kleine Anfrage**  
**der Fraktion der FDP**

**betr. Beihilfen für französische Kleinbauern**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß französische Kleinbauern entgegen den Bestimmungen der geltenden Marktordnungen und damit auch des EWG-Vertrages aus nationalen Haushaltsmitteln einen Zuschuß von 36,46 DM pro Kuh erhalten?
2. Welche Wettbewerbsnachteile ergeben sich daraus für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere für die Milchwirtschaft, der nationale Beihilfen vertragsgemäß nicht mehr gewährt werden?
3. Ist es unter solchen Umständen überhaupt noch sinnvoll, deutscherseits Überlegungen zur Änderung der Erzeugungsstruktur, wie z. B. die erwogene „Milchabgabe“ anzustellen, zumal es sich bei den Überschüssen an Milch und Milchprodukten in der Bundesrepublik um importierte, u. a. auch aus Frankreich importierte, Überschüsse handelt?
4. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um entweder die Streichung dieser französischen Subvention zu erreichen oder deren etwaige Auswirkungen auf die deutsche Milcherzeugung zu neutralisieren? Ist sie z. B. bereit, Beihilfen zur Umstellung von der Milchviehhaltung auf die Rindermast für solche Regionen zu gewähren, in denen die Landwirte auf Viehhaltung angewiesen sind?
5. Wird die Bundesregierung, „nachdem die anderen Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich, die Fortschritte auf dem Agrarsektor immer wieder zum Prüfstein für das europäische Einigungswerk gemacht haben“, jetzt die Folgerung ziehen, daß sie nun lange genug „aus übergeordneten integrationspolitischen Gesichtspunkten den agrarpolitischen Forderungen der Überschußländer nachgegeben hat“ und dementsprechend ihre Haltung zur EWG-Agrarpolitik einer Revision im Sinne einer stärkeren Wahrung der Interessen der eigenen Landwirtschaft unterziehen?

Bonn, den 20. September 1968

**Dorn und Fraktion**